Gerhard A. Ritter

Traditionen und Brüche: Die DDR in den fünfziger Jahren*

Mit der Konstituierung der DDR als zweitem deutschen Staat 1949 war die Etablierung der SED-Diktatur im wesentlichen abgeschlossen. Die Umgestaltung der Gesellschaft hatte mit der Bodenreform, der Verstaatlichung der Banken und wichtiger Teile der Industrie begonnen. Noch immer gab es aber breite bürgerliche Mittelschichten, die unverzichtbare Funktionen in der Gesellschaft ausübten, eine von selbständigen Bauern betriebene Landwirtschaft und einen bedeutenden privaten Wirtschaftssektor. In den fünfziger Jahren wurde die Veränderung der Gesellschaft systematisch fortgesetzt, wurden immer weitere Bereiche der Gesellschaft gleichgeschaltet und wurde der „Aufbau des Sozialismus“ forciert. Am Ende dieses Jahrzehnts, spätestens in den ersten Jahren nach dem Bau der Mauer, sind alle wesentlichen Kennzeichen des DDR-Systems vorhanden. Trotzdem bleibt die Frage nach der Reichweite der Diktatur, nach der Spannung zwischen dem totalen Steuerungsanspruch der SED-Führung und dem „Eigensinn“ ihrer Bürger, die gegenüber dem Herrschaftsanspruch von Partei und Staat eine gewisse Autonomie zu bewahren versuchten.

Die Geschichte der DDR nicht nur in den fünfziger Jahren ist im wesentlichen zwischen zwei Polen einzubetten. Den einen Pol bildet die Sowjetisierung, die keineswegs nur von außen durch die Besatzungsmacht aufgezwungen wurde, sondern gemäß dem Grundsatz „von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen“ auch bewußt von wesentlichen Teilen der SED-Führung betrieben wurde. Über den Marxismus, aber auch kommunistische Reformvorstellungen der Weimarer Republik, die von der Sowjetunion aufgegriffen worden waren, sind zudem über die Besatzungsmacht auch ursprünglich deutsche Ideen zurücktransportiert worden. Den anderen Pol bildeten deutsche Traditionen, vor allem die Vorstellungen der kommunistischen Arbeiterbewegung. Gerade die ältere Führungsgarde um Ulbricht und später um Honecker war grundlegend durch ihre Erfahrungen in der kommunistischen Bewegung der Weimarer Republik und in der Weltwirtschaftskrise geprägt. Weiter hat die Konkurrenz mit der Bundesrepublik die Politik der DDR entscheidend beeinflußt.

* Eine ausführliche mit detaillierten Literatur- und Quellennachweisen versehene Fassung der im Vortrag behandelten Fragen, in der auch Entwicklungen nach 1961 erörtert werden, enthält der Aufsatz des Verfassers: Die DDR in der deutschen Geschichte.

I.

Das wichtigste Instrument, mit der die in den fünfziger Jahren geradezu von einer Planungseuphorie erfaßte SED die Gesellschaft von Grund auf zu verändern versuchte, war die Planwirtschaft. In immer neuen Anläufen versuchten Mehrjahrespläne gleichsam eine Blaupause für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung vorzugeben. Der Übergang zur Planwirtschaft bedeutete dabei einen qualitativen Wandel nicht nur der Wirtschaftspolitik der DDR. Nach dem Vorläufer des Halbjahresplanes 1948 beschloß der Parteivorstand der SED, der damit seinen alleinigen Führungsanspruch unterstrich, den ersten Zweijahresplan für 1949/50, der für 1951–1955 nach sowjetischem Vorbild durch einen Fünfjahresplan fortgesetzt wurde. Der folgende zweite Fünfjahresplan wurde noch vor seinem Ablauf in Anpassung an den sowjetischen Planungszyklus im Herbst 1959 durch einen Siebenjahresplan ersetzt. Die SED und der Staatsapparat, aber auch der FDGB, in geringerem Umfang auch die anderen Massenorganisationen, wurden zu Instrumenten, deren wichtigste Aufgabe nun die Durchsetzung der Vorgaben dieser Pläne war. Die Entwicklung der DDR zu einer von der SED durchherrschten Arbeitsgesellschaft, aber auch die ökonomischen Fehlentscheidungen, die schließlich entscheidend zum Zusammenbruch der DDR beitrugen, waren letztendlich auch eine Konsequenz der wirtschaftlichen Weichenstellung zu einer straff zentralisierten Planwirtschaft 1948/49.

Die Schwächen der zentralistischen Planwirtschaft waren u.a. die Politisierung der Ökonomie, die Spannung zwischen Politik und Sachverstand, die mangelnde Fachkompetenz der Entscheidungsinstanzen, die Tendenzen zur Autarkie und Abkoppelung von der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und weitgehend auch vom technologischen Fortschritt, die mangelnde Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, das hierarchische Prinzip der Willens- und Entscheidungsfindung, die mangelnde Differenzierung der Instrumente zur Lenkung der Wirtschaft sowie die Unterordnung der Wirtschaft unter das primäre Ziel der Machtbehauptung der SED. Hinzu kommt die Fehlentscheidung, nach stalinistischem Dogma den Ausbau der Schwerindustrie und der Schwermaschinenindustrie einseitig zu forcieren. Die mangelnde Berücksichtigung der Konsumgüterindustrie führte in den fünfziger Jahren immer wieder zu Versorgungslücken, die man durch Korrektur an den ursprünglichen Plänen zu schließen versuchte. Der Dienstleistungsbereich wurde aus ideologischen Gründen bis zum Ende der DDR stark vernachlässigt.

Typisch war zudem eine schon von Wirtschaftshistorikern der DDR vorsichtig kritisierte extensive Wirtschaftsweise¹. Die Steigerung der Produktionsmengen, nicht aber die Anpassung an den neuesten technologischen Stand und die Verbesserung der Qualität der Produkte hatte eindeutige Priorität. Da man keine Konkurrenz auf dem Markt befürchten mußte, spielten auch Rentabilitäts Gesichtspunkte zunächst kaum eine Rolle. Die extensive Wirtschaftsweise war trotz des ständigen Aderlasses durch die Flucht von qualifizierten Technikern und Facharbeitern in die Bundesrepublik zunächst nur deshalb möglich, weil das Erwerbspotential der Frauen sehr viel stärker als in der Bundesrepublik ausgeschöpft wurde.

¹ Vgl. Roesler, *Herausbildung*, S. 22f., 79–84, 90, 123, 130, 320f.; Roesler/Schwärzel/Siedt, *Produktionswachstum*, S. 220–241; Roesler/Siedt/Elle, *Wirtschaftswachstum*, S. 264–268.

Die späteren Versuche, auch die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, die Effektivität, Qualität und Rentabilität der Produktion zu verbessern und den Betrieben größere Freiheiten gegenüber der zentralistischen Planung zu gewähren, die in den sechziger Jahren im NÖSPL, dem „Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung“, ihren Niederschlag fanden, sind letztlich am Widerstand der Traditionalisten der SED und dem Primat der Politik gegenüber der Ökonomie gescheitert. Auch die späteren Bemühungen unter Honecker, mit dem Ausbau der Sozialpolitik nicht nur die Bevölkerung enger an das Regime zu binden, sondern auch Anreize zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu geben, haben keine dauerhaften Wirkungen gezeigt. Das war auch die Folge des trotz der ständigen Leistungswettbewerbe und des Prämiensystems aus ideologischen Gründen – in Anlehnung an die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung – stark nivellierten Lohn- und Gehaltssystems.

Die Erhöhung der Normen war zudem, wie der Aufstand vom Juni 1953 gezeigt hatte, politisch gefährlich. Das gleiche galt nach den späteren Erfahrungen in Polen für einen Abbau der ökonomisch unsinnigen Subventionen und damit für eine realistischere Gestaltung der Preise. Die DDR blieb dem überholten Bild einer traditionellen Industriegesellschaft verhaftet. Dem Strukturwandel in der Wirtschaft, der in der Bundesrepublik bereits am Ende der fünfziger Jahre zum Abbau der Schwerindustrie führte, sowie dem Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft und der Veränderung der Konsumbedürfnisse mit dem steigenden Wohlstand hat sie kaum Rechnung getragen. Sie geriet damit in einen Modernisierungsrückstand.

II.

Die Forcierung der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft und die stärkere Angleichung an das sowjetische Modell – etwa durch die Verkündung des planmäßigen „Aufbaus des Sozialismus“ auf der zweiten Parteikonferenz der SED vom Juli 1952 oder die Durchsetzung der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft 1960 – haben immer wieder zu Krisen geführt. Das zeigte sich auch in der Massenflucht von Bürgern, die erst durch den Mauerbau von 1961 gestoppt werden konnte. Die Flucht von insgesamt etwa 3,5 Millionen Menschen aus der SBZ und der DDR war ein politisches Mißtrauensvotum gegen das Regime. Mit der Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials in der DDR und dem Wirtschaftsaufschwung in der Bundesrepublik stellte zudem der Exodus der im Durchschnitt jüngeren, aktiveren und beruflich gut qualifizierten Flüchtlinge² – unter ihnen viele Ärzte, Professoren, Ingenieure, Techniker und Facharbeiter – zunehmend auch einen ökonomischen Aderlaß dar, während die Flüchtlinge der Wirtschaft der Bundesrepublik mit ihrem stark ausgeprägten Willen zum Aufbau einer neuen Existenz zusätzliche Impulse gaben.

Die am 17. Juni 1953 ihren Höhepunkt erreichenden Unruhen bildeten eine markante Zäsur in die Entwicklung der DDR von 1949 bis 1961. Die Arbeiterklasse war die wichtigste soziale Trägergruppe der Streiks, Demonstrationen und Proteste, die

² Vgl. Heidemeyer, Flucht, S. 48–53; Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bau der Mauer, S. 15–18.

aber fast alle sozialen Schichten und Gruppen der Bevölkerung in der Mehrheit der Städte und Landkreise erfaßte. Bei diesem Volksaufstand, der eine lange Vorgeschichte und starke Nachwehen hatte, wurde neben konkreten sozialen und politischen Reformforderungen immer wieder auch der Ruf nach Wiedervereinigung laut. Der Aufstand, der den Anspruch der DDR, ein Arbeiter- und Bauernstaat zu sein, als Propagandalüge entlarvte, war eine traumatische Erfahrung sowohl für die Träger des DDR-Regimes, denen die Legitimation gerade bei den Arbeitern entzogen wurde und deren Handlungsspielraum durch die Furcht vor einer Wiederholung der tiefen Erschütterung des Staates eingeengt wurde, wie für die Opponenten, die dessen brutale Niederschlagung ohne ernsthafte Versuche einer Intervention des Westens zur Grundlage ihres weiteren Verhaltens machen mußten. Dabei grub sich in das kollektive Bewußtsein der Bevölkerung die Einsicht ein, daß nicht das Politbüro Ulbrichts, sondern die sowjetische Armee die Macht im Lande ausübte.

Die Tauwetterperiode des Krisenjahres 1956, nach den Enthüllungen Chruschtschows über den Terror und die Despotie Stalins auf dem XX. Parteitag der KPdSU, hat die DDR sehr viel weniger stark als Polen und Ungarn, wo ein großer Volksaufstand im Oktober/November 1956 von der Sowjetunion blutig unterdrückt wurde, erfaßt. Eine scharfe, auf die Abschaffung des gesamten Systems gerichtete Opposition, Widerstand und deren unnachgiebige Verfolgung blieben auch nach dem Juni 1953 weiterhin ein Kennzeichen der DDR der fünfziger Jahre. In der konkreten Diskussion 1956, die vor allem Studenten und die „Intelligenz“ erfaßte, standen jedoch konkrete Forderungen zur Entideologisierung des Studiums bzw. reformsozialistische Bestrebungen zur Umgestaltung der DDR im Vordergrund. Tatsächlich gab es jedoch weder eine revolutionäre noch eine reformistische Option. Eine Revolution nach dem Vorbild Ungarns hätte wegen der Unnachgiebigkeit der Träger des Regimes, der überlegenen Machtmittel der intakten sowjetischen Streitkräfte und der Zurückhaltung des Westens in einem Blutbad geendet. Eine demokratische Reform von innen, die über einen Machtwechsel an der SED-Spitze hinausging, hätte m. E. zwangsläufig zum völligen Zusammenbruch der DDR geführt. Die Alternative eines nationalen humanitären Sozialismus hatte in der DDR nie eine realistische Chance³.

III.

Ein zentrales Kennzeichen der DDR der fünfziger Jahre war der Beginn einer sehr weitgehenden Militarisierung der Gesellschaft. Diese fand ihren Ausdruck einmal im Aufbau der Kasernierten Volkspartei, der militärischen Vorläuferorganisation der 1956 gebildeten Nationalen Volksarmee, im hohen Grad der militärischen Rüstung, in der Aufblähung der Sicherheitsorgane des Staates und der Fülle bewaffneter Organe wie der Bereitschaftspolizei, der Grenzpolizei und den sogenannten Kampfgruppen der Arbeiterklasse. Zweitens zeigte sich diese Militarisierung von Staat und Gesellschaft, die weit über entsprechende Tendenzen im Kaiserreich hinausging, auch in der bedeutenden Rolle der Gesellschaft für Sport und Technik, die

³ Vgl. zur Begründung dieser Einschätzung: Ritter, Weder Revolution noch Reform, S. 336–362.

als eine der großen sozialistischen Massenorganisationen die Wehrbereitschaft und Wehrfähigkeit der Bevölkerung durch vormilitärische Ausbildung erhöhen sollte⁴, in der sozialistischen Wehrerziehung in den Schulen, im Schul- und Hochschulsport und in der zeitweisen Umfunktionierung der staatlichen Jugendorganisation FDJ zu einem Instrument zur Werbung von Freiwilligen für die Kasernierte Volkspolizei⁵.

Fast 10 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung waren nach Schätzungen in irgendeiner Form – haupt- oder nebenamtlich, freiwillig oder dienstverpflichtet – in den militärischen oder paramilitärischen Organisationen, in den Schutz- und Sicherheitskräften und den Organen der Landesverteidigung beschäftigt⁶. Für die Streitkräfte bildete die Sowjetunion, deren Militärdoktrin man übernahm und deren militärische Bildungseinrichtungen zwischen 1952 und 1989 von 4500 Offizieren der DDR besucht wurden, das Vorbild⁷. Das zeigt sich auch in der besonders engen Verknüpfung der Armee mit der Staatspartei SED – ein wesentlicher Unterschied zum NS-System, in dem sich die Wehrmacht dem direkten Zugriff der Partei bei der Rekrutierung des Offizierkorps weitgehend entziehen konnte.

IV.

Der Grad des Wandels und der Sowjetisierung der Gesellschaft war vor 1961 in den einzelnen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft unterschiedlich stark.

Das offene Bekenntnis der SED zur straff disziplinierten und zentralisierten stalinistischen Kaderpartei neuen Typs⁸, die sich als bewußte und organisierte Vorhut der Arbeiterklasse verstand, war mit der Wendung gegen „Sozialdemokratismus“ und der Zurückdrängung früherer Sozialdemokraten aus der zentralen, regionalen und örtlichen Führung der Partei und dem Bruch mit den Traditionen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, aber auch mit der Ausschaltung oppositioneller Kommunisten verbunden. Der Anteil früherer Sozialdemokraten an der Mitgliedschaft der SED sank von 52 Prozent nach der Vereinigung 1946 auf 6,5 Prozent im Jahr 1951⁹. In Anpassung an die KPdSU wurde der demokratische Zentralismus zum Prinzip des Parteiaufbaus erklärt, die Fraktions- und Gruppenbildung untersagt und ein von Ulbricht geleitetes, koordinierendes Machtzentrum (SED-Politbüro und Sekretariat des ZK) für alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft an die Spitze der Partei gesetzt.

Besonders kennzeichnend für die Übernahme des sowjetischen Modells war der Aufbau eines Kadernomenklatursystems zur Sicherung der führenden Rolle der SED. In diesem wurden die für die zu vergebenden Positionen in Frage kommenden Personen mit genauen Angaben über ihre Herkunft, politische Orientierung und ihre Fähigkeiten verzeichnet. Das System, das den Nomenklaturvorgesetzten

⁴ Heider, Gesellschaft für Sport und Technik, S. 169–199.

⁵ Skyba, Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko, S. 180–198.

⁶ Diedrich u. a., Bewaffnete Organe, S. 1.

⁷ Wenzke, „Bei uns können Sie General werden“, S. 183.

⁸ Vgl. dazu Malycha, SED.

⁹ Fricke, Vor- und Frühgeschichte der SED.

und damit letztlich den Führungsgruppen der SED die Kontrolle bei der Besetzung aller wichtigen Positionen gab, war horizontal und vertikal gegliedert. Die Grundzüge dieses Systems entstanden in den Jahren zwischen 1950 und 1960. Es wurde zunächst von zwei Zentren, dem Ministerium des Inneren für den Staatsapparat und dem zentralen Parteiapparat der SED, aufgebaut und 1960/61 im Kadernomenklatursystem der SED vereinigt¹⁰. Kennzeichnend war die Ausweitung des Systems in immer weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens – außer den Kirchen – und die Ausdehnung auf Bezirke, Kreise und die Räte der Gemeinden. Es war ein wirksames Instrument zur Durchsetzung des Machtanspruchs der SED und trug wesentlich dazu bei, daß der Staatsapparat vollständig unter die Kontrolle der Partei geriet. Die Schwächen des Systems waren die einseitige Abhängigkeit von einem in der Krise 1989/90 weitgehend paralysierten Zentrum, die Erstickung eigenständigen flexiblen Handelns der mittleren und unteren Mitglieder der Nomenklaturkader sowie die geringe Integrationsfähigkeit des immer mehr verkrusteten Systems durch den Ausschluß des Großteils der Bevölkerung von den Spitzenpositionen in Staat und Gesellschaft.

Anfang 1968 hat der Soziologe Peter Christian Ludz – vor allem auf Grund einer Analyse der sozialen Zusammensetzung der Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees der SED 1954, 1958 und 1963 – eine vielbeachtete Studie zum Wandel der Partielite der SED vorgelegt¹¹. Seine Grundthese war, daß neben der alten „strategischen Führungsklique“ der Partei in den vorrangig wissenschaftlich, technisch und wirtschaftlich spezialisierten Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees eine jüngere „institutionelle Gegenelite“ entstanden sei. Diese sei weniger von der politischen Dogmatik als von den funktionellen Bedingungen der modernen Industriegesellschaft geprägt. Damit verbunden vertrat Ludz die Auffassung, daß die DDR sich von einer totalitären zu einer „autoritär verfaßten Gesellschaft“ wandelte, in der die Fachleute in einem „konsultativen Autoritarismus“ an Einfluß gewönnen. Auch hoffte er auf eine durch Sachzwänge bewirkte Konvergenz westlich-demokratischer und östlich-kommunistischer Gesellschaften. Die Thesen von Ludz spiegeln vor allem die Tendenzen zur Flexibilisierung des wirtschaftlichen Systems in der Zeit des NÖSPL. Sie übersehen, daß fachliche Kompetenz durchaus mit der politisch-ideologischen Prägung durch die SED und dem Primat der Machterhaltung der Partei Hand in Hand gehen konnte¹². Faktisch war entgegen den Thesen von Ludz das Primat der Politik über die Ökonomie nie ernsthaft gefährdet.

Der SED-Staat hat eine neue, von der Spitze der SED eingesetzte und kontrollierte herrschende Klasse mit den Inhabern der Führungspositionen in Partei, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft hervorgebracht, die ihrerseits von mittleren Führungskadern und politisch zuverlässigen Fachleuten unterstützt wurde. Diesen privilegierten Klassen ist es schließlich gelungen, ihren sozialen Status und die damit verbundenen Privilegien zu vererben, während der zunächst systematisch geförderte soziale Aufstieg von Arbeiterkindern immer schwieriger wurde¹³. Die neue Macht-

¹⁰ Wagner, *Gerüst der Macht*, S. 95.

¹¹ Ludz, *Partielite*, bes. S. 324–327 (Zusammenfassung der Ergebnisse).

¹² Zur Kritik an den Thesen von Ludz vgl. die Rezension von Monika Kaiser, in: Bauerkämper u. a., *Gesellschaft ohne Eliten?*, S. 253–264; Kleßmann, *Zwei Staaten*, S. 336–338.

¹³ Solga, *Weg*, S. 159–205.

und Funktionselite hat es aber nicht verstanden, eine eigene Kultur zu entwickeln, die für die Gesamtgesellschaft – wie es früher bei Adel und Bürgertum der Fall war – stilbildend wirkte. Die DDR blieb eine Kleine-Leute-Gesellschaft, in der die nach dem Umbruch 1989 aufgedeckten Privilegien und Korruptionserscheinungen der Führung wesentlich zum völligen Zusammenbruch der Legitimität des Systems beitrugen.

V.

In der staatlichen Verwaltung hat die SED, die sofort mit der Leitung der Polizei und der Kontrolle der Personalämter die Schlüsselpositionen übernahm, unterstützt durch eine radikale Entnazifizierung, einen fast völligen Austausch der Eliten und die Ausrichtung der Arbeit der Verwaltung auf ihre Politik erreicht.

Wie insbesondere neuere Untersuchungen durch Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte über die Umwandlung des Justizwesens und die politische Instrumentalisierung der Rechtsprechung gezeigt haben¹⁴, hat sich trotz der im Zuge der Entnazifizierung vorgenommenen massenhaften Entlassung von Richtern und Staatsanwälten, die ganz überwiegend der NSDAP angehört hatten, und der forcierten Ausbildung von sogenannten Volksrichtern in Schnellkursen zur Schließung der Personallücken die Gleichschaltung, Zentralisierung und Sowjetisierung des Justizwesens von 1947/48 bis 1952/53 hingezogen. Weder die SMAD noch die deutschen Kommunisten haben die Eroberung der Machtinstrumente der Justiz als vordringlich angesehen. Auch fehlte ihnen zunächst das entsprechend ausgebildete Personal. Zudem hat die sowjetische Besatzungsmacht mit ihren Militärtribunalen und Speziallagern alle Abweichungen von der herrschenden Linie und alle potentiellen politischen Gegner rigoros ohne Einschaltung der deutschen Justiz unterdrücken können.

Einen tiefen Bruch mit den deutschen Traditionen bedeutete die Abschaffung des Berufsbeamtentums und die 1952 vorgenommene Ersetzung der fünf bestehenden Länder, in deren Landtagen die SED bei den Wahlen vom 20. Oktober 1946 keine absoluten Mehrheiten der Sitze erringen konnte¹⁵, durch 15 Bezirke, durch die die noch vorhandenen geringen Einflußmöglichkeiten der bürgerlichen Blockparteien beseitigt und die Reste regionaler Autonomie aufgehoben wurden. Auch die Überbleibsel der körperschaftlichen Eigenständigkeit der Gemeinden und Kreise, die zunächst an die deutsche Tradition der kommunalen Selbstverwaltung angeknüpft hatten, wurden nach vorangegangenen Eingriffen in die Kompetenzen der Gemeinden in Wirtschaft, Polizei und Schulwesen 1952/53 beseitigt. Die Gemeinden und Kreise sanken dadurch – wie die Bezirke – zu nachgeordneten territorialen Verwaltungseinheiten und Organen der zentralen Staatsgewalt ohne eigenständigen autonomen Kompetenzbereich herab.

¹⁴ Wentker, Justiz; Weber, Justiz und Diktatur; Pohl, Justiz in Brandenburg.

¹⁵ Ritter/Niehuss, Wahlen 1946–1991, S. 149.

VI.

Im Schulwesen, dessen Lehrerschaft durch die Entnazifizierung und die Ausbildung von Neulehrern in Schnellkursen fast völlig ausgetauscht und bald stark von der SED dominiert wurde¹⁶, knüpfte man mit der Einführung der „demokratischen Einheitsschule“, der Durchsetzung der Schulgeldfreiheit, der finanziellen Unterstützung von Kindern aus sozial schwachen Familien sowie der Verankerung einer für alle Schüler gemeinsamen achtklassigen Grundschule, auf die eine vierklassige Oberschule bzw. eine dreiklassige Berufsschule aufbauten, an die schulpolitischen Vorstellungen der KPD und SPD und Konzepte der Reformpädagogik der Weimarer Zeit an. Auch waren die Lehrpläne zunächst noch keineswegs an kommunistischen Dogmen ausgerichtet, sondern betonten die Erziehung der Jugend zur Demokratie und wahren Humanität und den Geist des friedlichen Zusammenlebens der Völker¹⁷. Seit 1948/49 wurden jedoch die reformpädagogischen Konzepte zunehmend durch die ideologische Orientierung am sowjetischen Modell ersetzt und seit 1952 die Erziehung des neuen sozialistischen Menschen zur zentralen Funktion der Schulen gemacht. Immer eindeutiger wurden die Schulen schließlich auch als Instrumente zur Lenkung des Angebots an Arbeitsplätzen im Rahmen der Wirtschaftsplanung vorgesehen. Die Entwicklung fand ihren Abschluß in der durch Gesetz vom 2. Dezember 1959¹⁸ nach sowjetischem Vorbild geschaffenen zehnklassigen „polytechnischen Oberschule“, die die enge Verbindung von Bildung und Erziehung mit der wirtschaftlichen Produktion betonte und für alle Kinder der DDR Regelschule war. Mit der Reform der Schulbildung wollte man die jungen Menschen nicht nur auf die Anforderungen der Wirtschaft vorbereiten, sondern auch die Bundesrepublik auf dem Bildungssektor überholen.

Größere Freiräume und eine stärkere Anknüpfung an ältere deutsche Traditionen gab es vor allem bis zum Mauerbau im Hochschulwesen. Zunächst bedeuteten die Entnazifizierung, die Deportation führender Wissenschaftler in die Sowjetunion und die Abwanderung vieler Wissenschaftler in den Westen Deutschlands einen schweren Aderlaß für die Hochschulen; auch wurde sofort damit begonnen, das weitgehende bürgerliche Bildungsprivileg an den Hochschulen durch die Erschwerung des Hochschulzugangs für Kinder aus dem Besitz- und Bildungsbürgertum und die gezielte Förderung von Studenten aus den Unterschichten zu brechen. Die ideologische Durchdringung der Universitäten wurde durch die Errichtung dreier gesellschaftswissenschaftlicher Fakultäten in Leipzig, Rostock und Jena, die direkt der SED unterstanden, gefördert. Die Entstehung hochschulartiger Institutionen etwa für die Staats- und Rechtswissenschaft und Ökonomie, die unter strikter Kontrolle der SED standen, sowie die zunehmende Verlagerung der Forschung auf die aus der Preußischen Akademie der Wissenschaften in Berlin hervorgegangene Deutsche Akademie der Wissenschaften in Berlin haben die Stellung der Universitäten weiter wesentlich geschwächt¹⁹. Die Akademie wandelte sich nach sowjeti-

¹⁶ Welsh, *Revolutionärer Wandel*, S. 87–109.

¹⁷ Ritter, *Über Deutschland*, S. 143.

¹⁸ Abdruck des Gesetzes, in: Kleßmann, *Zwei Staaten*, S. 568–570.

¹⁹ M. und E. E. Müller, „... Stürmt die Festung Wissenschaft!“.

schem Vorbild von einer Gelehrtenengesellschaft zum wichtigsten Zentrum der Forschung mit großen, vor allem naturwissenschaftlich-technischen Instituten²⁰.

Stationen und wichtige Aspekte der Umwandlung und politischen Gleichschaltung der Hochschulen waren die zunehmende Verdrängung der vor 1945 lehrenden bürgerlichen Geisteswissenschaftler seit 1945/46, die Verstaatlichung und Bürokratisierung der Hochschulen und der steigende Einfluß der SED auf die Gremien der Universitäten. In der sogenannten Dritten Hochschulreform von 1967/68 verloren schließlich die alten Ordinarien mit der Zusammenlegung jeweils mehrerer Institute, die traditionell von ihnen dominiert worden waren, zu Sektionen ihre letzte Bastion in den Hochschulen. Schon vorher hatten sie die Kontrolle über den Zugang zum Beruf des Hochschullehrers, in dem die Auslese nach wissenschaftlichen Leistungen zunehmend durch politische Kriterien und Kaderplanung ergänzt, in einigen Fächern sogar ersetzt wurde, sukzessive verloren.

Allerdings verlief dieser Prozeß in den einzelnen Wissenschaftsdisziplinen in einem durchaus unterschiedlichen Tempo und mit einem unterschiedlichen Grad der Politisierung²¹. Besonders die älteren Gelehrten der naturwissenschaftlichen Fächer und der medizinischen Fakultäten, in denen die Entnazifizierung 1945/46 für viele nur eine Episode blieb, konnten sich wegen der chronischen Personalknappheit zunächst behaupten. Die entscheidende Ursache für ihre starke Stellung war die Existenz eines gesamtdeutschen wissenschaftlichen Arbeitsmarktes und damit die Möglichkeit gerade der besonders angesehenen Professoren einen Lehrstuhl an einer westdeutschen Universität oder eine führende Position in einem Max-Planck-Institut zu erhalten. Der Mauerbau 1961 bedeutete daher eine tiefe Zäsur im Hochschulwesen. Während eine neue Generation von bereits in der DDR sozialisierten und von der SED protegierten Nachwuchswissenschaftlern zur Übernahme der freiwerdenden oder neuen Stellen bereitstand, verloren die älteren Professoren auch der naturwissenschaftlichen Fächer und der Medizin die Alternative, nach Westdeutschland zu gehen und mußten sich stärker als zuvor dem herrschenden System anpassen.

Die soziale Exklusivität des Hochschullehrerberufs nahm, nach der ersten Öffnung des Zugangs zur Professur für einzelne intellektuelle kommunistische Quereinsteiger, mit der zunehmenden Rekrutierung von Wissenschaftlern mit proletarischem Familienhintergrund ab. Die „Entbürgerlichung“ erstreckte sich jedoch, vor allem in den ideologieneutralen Fächern, in denen der Staat auf die Fachkompetenz der Professoren angewiesen war, über einen sehr viel längeren Zeitraum als in anderen Bereichen der Gesellschaft und läßt starke Kontinuitäten zu deutschen Traditionen und das Hochhalten bildungsbürgerlicher Ideale bis weit in die sechziger Jahre erkennen.

²⁰ Die Zahl der Mitarbeiter der Akademie stieg von 131 im Jahre 1946 auf 12923 im Jahre 1967. Vgl. Nötzoldt, Weg, S. 125–146, hier S. 125.

²¹ Vgl. dazu die ausgezeichnete Untersuchung von Jessen, Akademische Elite.

VII.

Das gleiche gilt für die Ärzteschaft. Trotz des besonders hohen Anteils der Mitglieder der NSDAP unter den Ärzten waren diese – mit Ausnahme der politisch belasteten Amtsärzte – bei der Entnazifizierung sehr glimpflich davongekommen²², da man sie angesichts der Seuchengefahr und der im Vergleich zu Westdeutschland gegebenen medizinischen Unterversorgung dringend benötigte. Auch hier hat die Existenz eines gesamtdeutschen Arbeitsmarktes – bis 1961 verließen 7500 Ärzte oder die Hälfte des Ärztebestandes von 1946 die Sowjetzone bzw. die DDR²³ – eine schnelle radikale Transformation verhindert. Die den Berufsstand der Ärzte und das Gesundheitswesen betreffenden Veränderungen knüpften im wesentlichen an sozialdemokratische Reformkonzeptionen der Weimarer Republik an, die z.T. über die Sowjetunion reimportiert und vom sowjetischen Vorbild überformt wurden²⁴. Insgesamt kann man jedoch nicht von einer tiefgreifenden Sowjetisierung des Gesundheitswesens sprechen. Der Unterschied zu Westdeutschland lag einmal in der stärkeren Betonung von Prävention und Früherkennung von Krankheiten und der stärkeren Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung von Patienten. Die Ausdehnung der Versicherungspflicht bedeutete faktisch das Ende der Privatpraxis. Da neue Zulassungen bei der Niederlassung von Ärzten seit 1949 praktisch nicht mehr vergeben wurden, wurde das Gesundheitswesen zudem sukzessive verstaatlicht. Der Anteil der Freiberufler unter den Ärzten ging von über der Hälfte 1949 auf gut ein Fünftel 1960 zurück²⁵. In der ambulanten Versorgung ersetzten Polikliniken, Ambulatorien und das Betriebsgesundheitswesen zunehmend die frei praktizierenden Ärzte. Die ärztlichen Standesorganisationen und kassenärztlichen Vereinigungen wurden liquidiert. Eine eigenständige Interessenvertretung der Ärzte, die sich schließlich mit den übrigen Heilberufen in die Gewerkschaft Gesundheitswesen des FDGB eingliedern mußten, wurde nicht zugelassen²⁶.

Eine Dequalifizierung der Ärzte fand jedoch nicht statt. Das zeitweise gefährdete, weitgehende ärztliche Behandlungsmonopol blieb gewahrt. Trotz der Verstaatlichung des Gesundheitswesens in der DDR gab es allerdings erhebliche Elemente der Kontinuität, die bis 1961 im gesamtdeutschen Ärztemarkt, in der Institution der Kliniken mit ihren hierarchischen Strukturen und ihrer Bedeutung für die Sozialisation der jungen Ärzte, aber auch im Berufsethos und im bürgerlichen Selbstverständnis vieler Ärzte in der DDR lagen.

VIII.

Die wohl stärkste Kontinuität zur Zeit vor 1945 – übrigens auch nach der Vereinigung von 1990 zur DDR-Zeit – gab es bei den Kirchen und ihren Geistlichen. Von der Entnazifizierung waren die Kirchen trotz der vielen NSDAP-Mitglieder unter

²² Ernst, Prophylaxe, S. 143–206.

²³ Ebenda, S. 54 f.

²⁴ Manow, Entwicklungslinien, S. 101–131.

²⁵ Ernst, Prophylaxe, S. 34.

²⁶ Ebenda, S. 73–89.

den protestantischen Pfarrern nur ganz am Rande betroffen, da die SMAD und unter ihrem Einfluß auch die deutschen Kommunisten das Prinzip der Selbstreinigung der Kirchen weitgehend akzeptierten²⁷. Die katholische Kirche blieb in bewußter Distanz zum Regime und konnte ihre Autonomie und ihre von der SED-Führung mit zunehmender Schärfe abgelehnte Verbindung zum westdeutschen Katholizismus weitgehend behaupten.

Auch das protestantische Milieu blieb erhalten. Die evangelischen Kirchen konnten ihren Grundbesitz trotz der Bodenreform behaupten; die kirchlichen Ausbildungsstätten blieben bestehen. Die diakonische Arbeit vor allem in der Alten- und Behindertenpflege konnte, zumal die staatlichen Institutionen den Bedarf nicht decken konnten, fortgesetzt werden. In der Rekrutierung der Pfarrer gab es ein hohes Maß an Kontinuität. Über ein Viertel der Väter der Pfarrer hatte eine abgeschlossene universitäre Ausbildung, meist in Theologie, ein Viertel der Pfarrer waren Pfarrerssöhne und ein Fünftel der Pfarrfrauen waren Töchter von Pfarrern²⁸.

Das spannungsgeladene wechselvolle Verhältnis des SED-Staates zu den evangelischen Kirchen und die Beziehungen zwischen den west- und ostdeutschen Landeskirchen – zentrale Gegenstände der Forschung über die DDR – können hier nur kurz angedeutet werden. Insgesamt ist es – wie z.B. die weitgehende Durchsetzung der Jugendweihe anstelle der Konfirmation²⁹ und der starke Rückgang der Kirchenbindung zeigt – zu einer zunehmenden Einengung des protestantischen Milieus gekommen. Immerhin gelang es aber den evangelischen Kirchen mit einer schwierigen Gratwanderung zwischen Anpassung und Resistenz ihre Gleichschaltung zu verhindern und einen erheblichen Grad an Autonomie zu bewahren. Sie bildeten schließlich ein Dach, unter dem sich Friedens-, Umwelt- und Bürgerrechtsbewegungen entwickeln konnten, die wesentlich an der Auslösung der friedlichen Revolution 1989 beteiligt waren.

IX.

Diese Analysen der Grenzen der SED-Diktatur dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gesellschaft schon bis 1961 grundlegend verändert worden war. Der Adel verlor mit der Bodenreform seine ökonomische Basis und spielte keine eigenständige Rolle mehr. Das traditionelle Besitzbürgertum verschwand mit der Verstaatlichung von Industrie, Großhandel und Banken. Das Bildungsbürgertum konnte sich – wie wir gesehen haben – in Restbeständen besonders bei Pfarrern, Ärzten und Teilen der Hochschullehrerschaft vor allem bis zum Mauerbau behaupten³⁰, wurde aber marginalisiert und verlor seine vorher für weite Kreise der Bevölkerung gegebene Vorbildfunktion für Lebensweise und Wertvorstellungen.

Die Auflösung der Beamtenschaft bedeutete den radikalen Abbruch einer tief verwurzelten, in starkem Maße verhaltensprägenden deutschen Institution. Die

²⁷ Kleßmann, Sozialgeschichte des protestantischen Milieus, S. 34 f.

²⁸ Ebenda, S. 32.

²⁹ Urban/Weinzen, Jugend.

³⁰ Kleßmann, Relikte, S. 254–270.

neue, sehr heterogene Schicht der „sozialistischen Intelligenz“ zeigte in der besonderen Nähe zum Staat Affinitäten zu dem früheren Bildungsbürgertum und der Beamtenschaft, wich aber in ihrer Ausrichtung am Sozialismus und der SED von älteren Wertvorstellungen und Verhaltensweisen völlig ab. Insgesamt bedeutete die weitgehende Verdrängung der alten Eliten in der DDR einen schweren Verlust an ökonomischem Potential und kulturellem Kapital, der bis zum Ende des Regimes nicht wettgemacht werden konnte.

Das Kleinbürgertum der gewerblichen Selbstständigen konnte sich trotz scharfer Verfolgungen u. a. mittels Steuergesetzen in den fünfziger Jahren noch weitgehend halten. In der späteren Entwicklung der DDR wurde ihm jedoch durch die weitere Verstaatlichung des Handels bzw. die genossenschaftliche Organisation des Handwerks die wirtschaftliche Basis entzogen. Da aber kleinbürgerliche Werte und Lebensweisen eine starke Anziehung auch auf die Arbeiterschaft gehabt hatten, wurden sie in der DDR teilweise konserviert.

X.

Eine völlige Umwandlung erfuhr die ländliche Gesellschaft in der SBZ bzw. der DDR. Während die dörflichen Sozialstrukturen und ländlichen Verhaltensweisen sich in Westdeutschland unter dem Einfluß der Einebnung der Unterschiede zwischen Stadt und Land durch Massenmotorisierung, Massenkonsum und Massenkommunikationsmittel, der schwierigen Integration der Flüchtlinge und der Abschwächung konfessioneller Differenzen grundlegend veränderten³¹, war der Wandel in der DDR vor allem politisch bedingt. Mit der von der Sowjetunion mit Unterstützung der KPD durchgesetzten radikalen Bodenreform³² wurde die landwirtschaftliche Besitzstruktur wesentlich verändert und die traditionelle soziale und weitgehend auch politische Dominanz der sogenannten Junker beendet. Die an die Bodenreform von KPD und SED geknüpften weiteren ökonomischen, sozialen und politischen Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht. Die agrarische Produktion ging stark zurück und trug wesentlich zur akuten Nahrungskrise der frühen Nachkriegszeit bei³³. Es entstanden zudem massive Spannungen zwischen Alt- und Neubauern, die vor allem auf der unzureichenden Ausstattung der neuen Betriebe mit Vieh, Maschinen, Inventar und Gebäuden und der Abhängigkeit der Neubauern von der oft nur widerwillig oder gar nicht gegebenen Hilfe der alteingesessenen Landwirte beruhten³⁴.

Die Bodenreform leistete auch keinen wesentlichen Beitrag zur Integration der Vertriebenen, die unter den Neubauern vielfach noch besonders benachteiligt wurden. In den Dörfern und zunächst auch in der „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ gaben meist die Großbauern mit einem Betrieb von mehr als 20 ha weiter den Ton an. Auch politisch ging die Rechnung der SED, mit den Neubauern eine

³¹ Ritter, *Über Deutschland*, S. 77–80.

³² Bauerkämper, „Junkerland in Bauernhand“.

³³ Vgl. dazu am Beispiel Sachsens Kluge, *Bodenreform*, S. 116f.

³⁴ Bauerkämper, *Auf dem Wege*, S. 250f.; ders.: *Von der Bodenreform zur Kollektivierung*, S. 122–125.

starke eigene Klientel auf dem Land zu schaffen, nicht auf. Deren Bindung an die SED blieb prekär. Viele Neubauern gaben ihr Land wieder auf und distanzieren sich desillusioniert von der SED, in deren Mitgliedschaft die Landwirte einen erheblich geringeren Anteil stellten als in der LDPD und in der CDU oder gar in der z.T. als Reaktion auf die mangelnde Unterstützung der SED auf dem Lande gegründeten, allerdings von vornherein gleichgeschalteten Demokratischen Bauernpartei Deutschlands³⁵.

Bereits 1948/49 wurde auch als Ausdruck des Klassenkampfes auf dem Lande die Agitation gegen die Großbauern verstärkt, die Agrarpolitik der SED radikalisiert und der staatliche Sektor der Landwirtschaft ausgeweitet. Nach der Ablehnung der Stalin-Noten vom März/April 1952 erfolgte im Zusammenhang mit der Verkündung des Aufbaus des Sozialismus durch die zweite Parteikonferenz der SED im Juli 1952 der Übergang zur Kollektivierung der Landwirtschaft. Die Ursachen dafür lagen offenbar weniger in der Strukturkrise der klein- und neubäuerlichen Betriebe als in dem machtpolitisch motivierten Ziel der Festigung der SED-Herrschaft auf dem Lande³⁶.

Nachdem als eine der Reaktionen auf den Schock des Aufstandes vom Juni 1953 der Druck zur Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zunächst verringert worden war, wurde schließlich in den ersten Monaten des Jahres 1960 durch eine vehemente Propagandakampagne und eine Mischung von Anreizen und massiven Druck- und Zwangsmitteln die Vollkollektivierung der Landwirtschaft durchgesetzt. Schon Mitte 1960 bewirtschafteten die 19000 landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die in ihrer weiteren Entwicklung immer häufiger den Charakter spezialisierter Großbetriebe mit einer industriegemäßen Produktionsweise annahmen, über 85 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, während weitere 6 Prozent auf volkseigene Güter entfielen³⁷.

Im Zuge des Transformationsprozesses auf dem Land verschwanden neben den Gutsbesitzern und den auf den Gütern beschäftigten Landarbeitern, die in der diffusen Großgruppe der „Staatsangestellten“ auf dem Lande aufgingen, bis auf wenige Ausnahmen auch die selbständigen Bauern und der bäuerliche Familienbetrieb, der die Landwirtschaft der Bundesrepublik prägt. Die traditionelle Dorfkultur und die überkommenen Lebensweisen wurden zerstört und die Herrschaft der SED auch auf dem Lande fest verankert. Kennzeichnend für die DDR war weiter die Angleichung der landwirtschaftlichen Arbeitsbedingungen an die der Industriearbeiter und – ein Ausdruck des Modernisierungsrückstandes – der im Vergleich zu Westdeutschland sehr viel höhere, nach der Vereinigung 1990 radikal reduzierte Anteil der Beschäftigten der Landwirtschaft an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen³⁸.

³⁵ Bauerkämper, Auf dem Wege, S. 252.

³⁶ Bauer, Sozialistische Formierung, S. 129.

³⁷ Kleßmann, Zwei Staaten, S. 318.

³⁸ Schwarzer, Arbeitsbeziehungen, S. 160.

XI.

Das klassische, proletarisch geprägte Arbeitermilieu bröckelte auch in der DDR langsam ab, konnte sich aber sehr viel länger behaupten als in der Bundesrepublik. Das hing mit der Industrialisierungspolitik der DDR, der Umwerbung der Facharbeiterschaft der Industrie als wichtigster Klientel der SED, der Förderung der Großbetriebe, der verzögerten Umsetzung des technologischen Wandels und dem weitgehenden Verzicht auf den für die modernen Gesellschaften typischen starken Ausbau des Dienstleistungssektors zusammen. Die DDR war so eine strukturkonservative Industriegesellschaft.

Die Arbeiterschaft hatte zwar nie die von der SED monopolisierte Macht im Staate. Dennoch war die offizielle Ideologie, nach der die DDR ein Arbeiter- und Bauernstaat unter Führung der Arbeiterklasse war, auch für die Politik, das Arbeitsrecht und die Arbeits- und Lebenswelt von Bedeutung³⁹. Die Berufung auf die Unterstützung der Arbeiterschaft, die nach der Sicht der Herrschenden die treibende Kraft der Geschichte und ihrer „Gesetzmäßigkeiten“ war, bildete die wichtigste Legitimation des Staates. Die Arbeiterschaft zufriedenzustellen war daher, insbesondere nach der traumatischen Erfahrung des Aufstandes vom Juni 1953, ein zentrales Anliegen der SED-Führung. Es bestimmte zunehmend die Ausrichtung der Sozialpolitik, verhinderte eine aus wirtschaftlichen Gründen wünschenswerte größere Differenzierung der Löhne und Gehälter und ließ die Führung immer wieder von effektiven Maßnahmen zur Produktionssteigerung durch Erhöhung der Arbeitsnormen, von der Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge und dem Abbau von ökonomisch unsinnigen Subventionen zurückschrecken. Die offizielle Hochschätzung der Arbeiterschaft kommt auch darin zum Ausdruck, daß insbesondere die ältere Generation der SED-Führung ihre Herkunft aus der Arbeiterschaft betonte und daß in der Selbsteinschätzung sich neben den Arbeitern auch viele Angestellte und Angehörige der technischen Intelligenz – übrigens auch nach der Vereinigung 1990 – als Angehörige der Arbeiterklasse bezeichneten, während in der Bundesrepublik die Mehrheit der Bevölkerung sich als Angehörige der Mittelschicht ansieht⁴⁰.

Mit der Verstaatlichung der Arbeiterbewegung verloren die Arbeiter ihre autonome Interessenvertretung. Die SBZ/DDR knüpfte zwar in der Organisationskultur, im Habitus und in den Ritualen an die ältere Arbeiterbewegungskultur insbesondere des kommunistischen Flügels der Arbeiterbewegung in modifizierter Form an⁴¹. Sie lehnte aber eine unabhängige organisatorische Vertretung von Arbeiterinteressen scharf ab. So wurden die Betriebsräte, die nach Kriegsende versuchten, das durch die Enteignung früherer Besitzer und die Ausschaltung der meisten Manager entstandene Machtvakuum auszufüllen und die Betriebe von der Basis aus neu aufzubauen, in ihrer Arbeit behindert und 1948 aufgelöst⁴².

³⁹ Das betont Kleßmann, Arbeiter im „Arbeiterstaat“, S. 20–28.

⁴⁰ Von Plato, Arbeiter – Selbstbilder, S. 873 f.; Statistisches Bundesamt, Datenreport 1994, S. 579–581.

⁴¹ Mühlberg, Arbeiterkultur in der DDR, S. 79 f.

⁴² Suckut, Betriebsrätebewegung.

Die Einheitsgewerkschaft des FDGB wurde der Führung und Kontrolle der SED unterworfen und dabei nach sowjetischem Modell von einer Interessenorganisation der Arbeitnehmer zu einer Massenorganisation umgewandelt, deren Hauptaufgabe die Durchsetzung der SED-Politik bei ihren Mitgliedern war. Dieser Prozeß war mit der Ausschaltung der ursprünglich aus der SPD kommenden Gewerkschaftsfunktionäre und der scharfen Wendung gegen „trade-unionistisches Bewußtsein“ und „Sozialdemokratismus“ verbunden⁴³. Statt Tarifverträge auszuhandeln und eine Steigerung der Löhne und Gehälter letztlich auch mit Streikdrohungen zu erzielen, wurden die Gewerkschaften zu Instrumenten, denen eine zentrale Rolle bei der Erfüllung der Wirtschaftspläne und der Steigerung der Produktion zufiel.

Die Gewerkschaftsorganisationen in den Betrieben haben aber vor allem seit den 1960er Jahren wieder stärker versucht, auch die Interessen ihrer Mitglieder zur Geltung zu bringen, so daß die Spannung zwischen dem sowjetischen Modell der Staatsgewerkschaft als Trägerin von Produktionskampagnen und der deutschen Tradition der Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeitnehmer nie vollständig aufgehoben wurde⁴⁴. Auch waren die Gewerkschaften als Träger der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten, als wichtige Institutionen der betrieblichen Sozialpolitik und Kulturarbeit sowie wegen ihrer Rolle bei der Gewährung von Prämien und der Zuteilung von Ferienplätzen in der Arbeits- und Lebenswelt der Menschen der DDR stark verankert. Die innere Bindung an sie war jedoch offensichtlich gering und die Einschätzung ihrer Führung bei den Mitgliedern verheerend. Das zeigte sich 1989/90 als – im Unterschied zur teilweisen Fortführung der SED in der PDS – die Versuche, auch die Gewerkschaften über den Zusammenbruch der DDR zu retten und ihnen in der Regierungszeit Modrows über eine Verfassungsänderung und ein Gewerkschaftsgesetz sogar eine zentrale Machtstellung im Staate zu schaffen⁴⁵, kläglich scheiterten⁴⁶.

Nicht die Gewerkschaften, sondern die nach sowjetischem Vorbild auf betrieblicher Ebene als Zusammenschlüsse der Arbeitnehmer einer Arbeitsstätte gebildeten Arbeitsbrigaden wurden die wichtigsten Instrumente einer allerdings begrenzten kollektiven Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Ihre Rolle ist vor allem von Peter Hübner, der die Felder und die Formen von Arbeitskonflikten und die Art ihrer informellen Regelung in der DDR intensiv untersucht hat⁴⁷, hervorgehoben worden.

Die SED-Führung hatte so einen ständigen, schwierigen Balanceakt zwischen ihren gesellschaftspolitischen Zielen und der sozialen Befriedung der Arbeiterschaft zu vollführen, der ihre Handlungsfreiheit gerade auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wesentlich einengte, während er der Arbeiterschaft allerdings eng begrenzte Freiräume eröffnete. Trotz ihrer ideologischen Fixierung auf die Arbeiterschaft als führender Klasse und dem Bemühen, den Arbeiterinteressen Priorität

⁴³ Brunner, Sozialdemokraten im FDGB.

⁴⁴ Kleßmann, Arbeiter im „Arbeiterstaat“, S. 24.

⁴⁵ Vgl. „Gesetz zur Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 6. 3. 1990 und „Gesetz über die Rechte der Gewerkschaften in der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 6. 3. 1990. Beide Gesetze in: Gesetzblatt [der DDR] 1990, I. S. 109 bzw. S. 110f.

⁴⁶ Weinert/Gilles, Zusammenbruch.

⁴⁷ Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß, S. 178–210.

gegenüber den Interessen anderer sozialer Schichten einzuräumen, ist es der SED jedoch nicht gelungen, die Arbeiterschaft dauerhaft an sich zu binden. So ist es kennzeichnend, daß bei den ersten freien Wahlen in der DDR nach dem Fall der Mauer, den Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990, die Arbeiter weit überproportional CDU wählten, während ihr Anteil an den PDS-Stimmen tief unter dem Durchschnitt der Partei bei allen Wählern lag⁴⁸.

XII.

In der Sozialpolitik der DDR, die besonders in der Ära Honecker zur wohl wichtigsten Legitimationsgrundlage des Staates wurde⁴⁹, hielten sich die Kontinuitäten und die Brüche mit den deutschen Traditionen etwa die Waage. Letztlich hat der Ausbau der Sozialpolitik, vor allem die den Konsum fördernden hohen Subventionen für Güter des Grundbedarfs und die Arbeitsplatzgarantie, die Wirtschaft überfordert und notwendige Investitionen verhindert. Sie wurde so zu einer der Ursachen, die schließlich zum Zusammenbruch des Systems beitrugen.

In vielen Bereichen, vor allem im Fehlen von Institutionen zur Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer und der Unternehmer und der geregelten Austragung und Lösung von Arbeitskonflikten, aber auch in der Versorgung der aus dem Produktionssystem herausgefallenen Teile der Bevölkerung – Rentner, Invaliden, Kriegsopfer, Behinderte, Witwen ohne eigene oder mit nur geringen eigenen Rentenansprüchen – blieb die DDR zudem weit hinter der Bundesrepublik zurück. Das gilt in besonders starkem Maße auch für den Konsum. Vor allem die ältere Generation der SED-Führer ging u. a. wegen der Erfahrungen des Massenelends in der Weltwirtschaftskrise, aber auch des Vorbilds der Sowjetunion von einer Vorstellung aus, nach der die Befriedigung der elementaren Bedürfnisse der Bürger nach Nahrungsmitteln, Wohnung und Kleidung eine zentrale Aufgabe des Staates sei. Die Einführung von Mindestlöhnen und Mindestrenten ließ dem Leistungsprinzip wenig Raum, während die kostenlose ärztliche Versorgung und die immer größere ökonomische Ressourcen in Anspruch nehmende Subventionierung von Lebensmitteln des Grundbedarfs, von Mieten, Kinderkleidung und Kinderbetreuung, Kantinenessen und Schulspeisungen sowie des Urlaubs in Ferienheimen einen Abstieg unter die Armutsgrenze verhinderten⁵⁰. Dieses System war nicht nur kostspielig und ökonomisch ineffektiv; es trug auch dem steigenden Bedürfnis der Menschen nach gehobenem und stärker auf die individuellen Interessen zugeschnittenem Konsum, für den die Bundesrepublik immer mehr zum Vorbild wurde, nur unzureichend Rechnung.

All diese schon in den fünfziger Jahren einsetzenden Fehlentwicklungen verurteilten das ehrgeizige, von Ulbricht auf dem 5. Parteitag der SED 1958 gesteckte Ziel, die Bundesrepublik bis 1961 im Pro-Kopf-Verbrauch an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern einzuholen und zu überholen⁵¹, von vornherein

⁴⁸ Ritter/Niehuss, Wahlen 1946–1991, S. 259.

⁴⁹ Hockerts, Soziale Errungenschaften, S. 791–794.

⁵⁰ Merl, Sowjetisierung in der Welt des Konsums, S. 167–194.

⁵¹ Ebenda, S. 180.

zum Scheitern. Die SED und die DDR mit ihrer Orientierung an der ökonomisch und politisch rückständigen Sowjetunion und veralteten Leitbildern der kommunistischen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik haben zwar Gesellschaft und Wirtschaft grundlegend verändert. Mit ihrem starren Festhalten an einer durch Sozialisierung und Nivellierung der Einkommen veränderten Industriegesellschaft alter Prägung wurden sie Opfer einer im Kern konservativen Haltung, die den Weg in die Moderne gerade nicht öffnete, sondern verbaute. Auch das, nicht nur der Mangel an Freiheit und demokratischer Selbstbestimmung, trug dazu bei, daß sie keine wirkliche Legitimation bei ihren Bürgern gewann.